

Nachrichten aus Brüssel

Studie zur Zahngesundheit

Ende Februar stellte die Europäische Kommission in Brüssel die Studie „Oral Health“ zur Zahngesundheit in Europa vor. Befragt wurden über 30 000 Personen aus 27 EU-Staaten zu ihrer Zahngesundheit und ihren Ernährungsgewohnheiten. Die Ergebnisse: Zum Teil bestehen erhebliche Unterschiede innerhalb der EU. Spitzenreiter bei der Zahngesundheit sind die skandinavischen Länder. Deutschland weist einen hohen Versorgungsgrad auf und liegt bei den Befragungen meist im oberen Drittel. In Deutschland wird niedergelassenen Zahnärzten hohes Vertrauen entgegengebracht: 99 Prozent der Befragten bevorzugen die Behandlung durch einen niedergelassenen Zahnarzt im Gegensatz zu einer öffentlichen Gesundheitseinrichtung. Europaweit gaben 57 Prozent der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten einen Zahnarzt aufgesucht zu haben. Bei neun Prozent liegt die zahnärztliche Behandlung mehr als fünf Jahre zurück. Zwei Prozent haben nach eigenen Angaben noch nie einen Zahnarzt besucht.

Wachstumsstrategie „Europa 2020“

Unter dem Schlagwort „Europa 2020“ hat die Europäische Kommission Anfang März eine neue Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum der EU im kommenden Jahrzehnt vorgestellt. Um die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen, möchte Kommissionspräsident José Manuel Barroso bis 2020 folgende Ziele erreichen: Die durchschnittliche Beschäftigung der erwerbstätigen EU-Bevölkerung soll von 69 auf 75 Prozent ansteigen. Mindestens 40 Prozent der Schulabgänger sollen einen Hochschulabschluss haben. Mitgliedsstaaten und Unternehmen sind aufgerufen, ihre Forschungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Zudem soll das in der EU bestehende Gefälle im Gesundheitswesen reduziert und der Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessert werden. Ein weiteres Ziel ist, den Anteil der regenerativen Energie auf 20 Prozent zu erhöhen und den Energieverbrauch zu senken.

Zahnärzte kritisieren Richtlinie

Anfang März gaben die EU-Sozialminister grünes Licht für eine Richtlinie zur „Vermeidung von Verletzungen durch spitze/scharfe Instrumente im Krankenhaus- und Gesundheitssektor“. Die Mitgliedsstaaten müssen die Richtlinie innerhalb von drei Jahren umsetzen. Ziel ist, Angestellte im Gesundheitswesen insbesondere vor Nadelstichverletzungen zu schützen. Grundlage der Richtlinie ist eine Sozialpartnervereinbarung zwischen dem europäischen Arbeitgeberverband des Krankenhauswesens und den Gewerkschaften aus dem Gesundheitsbereich. In einer Stellungnahme hat die deutsche Zahnärzteschaft die Richtlinie gegenüber dem europäischen Gesetzgeber scharf kritisiert: Freiberufliche Berufsträger, insbesondere Zahnärzte, waren nicht an den Verhandlungen der Sozialpartner beteiligt. Spezifische Erfahrungen der Zahnärzteschaft konnten damit nicht in die Vereinbarung einfließen. Weiterer Kritikpunkt: Da die in der Richtlinie enthaltenen Festlegungen bereits weitgehend im deutschen Recht verankert sind, besteht die Gefahr einer bürokratischen Doppelregelung.

Dr. Alfred Büttner
Stellvertretender Leiter des Brüsseler
Büros der Bundeszahnärztekammer

Neuer Autor der Nachrichten aus Brüssel

Dr. Alfred Büttner ist neuer Autor der Nachrichten aus Brüssel im Bayerischen Zahnärzteblatt. Der 38-jährige promovierte Jurist aus Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel in Oberfranken leitet seit Oktober 2009 das Brüsseler Büro der Bundeszahnärztekammer. Zuvor war Büttner tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dr. Angelika Niebler, Europaabgeordnete aus Oberbayern. Dadurch ist er mit der Arbeit der Europäischen Institutionen bestens vertraut.



Dr. Alfred Büttner

Foto: Europäisches Parlament

Redaktion